

**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 62 (1983)  
**Heft:** 2

**Artikel:** Zu den Bedingungen einer ökologischeren und friedlicheren Zukunft : reale Chancen  
**Autor:** Huber, Joseph  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-339965>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 14.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

den Herausgebern zahlreiche bekannte Namen wie Johano Strasser, Ossip K. Flechtheim, Robert Jungk, Peter von Oertzen, Lutz Mez und viele andere. Mit freundlicher Genehmigung des Verlages drucken wir im folgenden einen Beitrag des

Berliner Politologen und Mitbegründers der «Netzwerke Selbsthilfe», Josef Huber ab. Er äussert sich mit einigen anderen Autoren zum Thema «Wie der Krieg gegen die Menschen mit dem gegen die Umwelt zusammenhängt.»

*Zu den Bedingungen einer ökologischeren und friedlicheren Zukunft*

## Reale Chancen

Von Joseph Huber

Wie sieht eine ökologische und friedliche Gesellschaft aus? Welche Anknüpfungspunkte dafür haben sich heute schon herausgebildet? Das fragt sich so... Aber in gewisser Weise ist die Fragestellung schon verkehrt. Für manche, vielleicht sogar für die meisten beinhaltet sie die Vorstellung von einer Utopie, die systematisch zu verwirklichen sein soll. Als ob andere nicht andere Utopien hätten! Und als ob die Wirklichkeit sich zu irgendeiner Utopie «hinführen» oder sich von ihr «herleiten» liesse! Utopien sind ideal, abstrakt und absolut. Sie sind Projektionen aus der Wirklichkeit und Projektionen auf sie.

*Die Bedeutung von Utopien liegt nicht darin, die Wirklichkeit zu manipulieren, sondern sich in ihr zu orientieren.* Das Wirkliche wird begreifbar vor dem Hintergrund des Möglichen und des gedachten Unwirklichen. So helfen Ideale und Utopien, die Wirklichkeit zu gliedern und gestaltvoll wahrzunehmen. Die Spannung zwischen Sein und Sollen gibt Antrieb und Orientierung zugleich. Ideale und Utopien sind eine Art normativer Kompass. Sie helfen, auf Kurs zu bleiben. Hier kommt ein dynamisches Moment ins Spiel. Formulierungen wie «die ökologische

Zukunft» fehlen. Ein ideales Öko-Gleichgewicht ist selbst kein statisches, sondern ein fließendes Gleichgewicht. Wir können uns diesem Fließgleichgewicht annähern, es vielleicht sogar einmal voll und ganz erfüllen, werden aber wieder davon abweichen, uns wieder annähern usw. Statt «die ökologische Zukunft» müsste es lauten: «eine ökologische Zukunft». Das ist sprachlich nur ein kleiner Unterschied, im Tun und Denken aber ein sehr bedeutungsvoller.

In diesem Zusammenhang sei angefügt, dass die Konzentration auf die beiden Attribute «ökologisch» und «friedlich» etwas willkürlich ist. Der Grund dafür liegt in den politischen Gegebenheiten. Es ist tatsächlich völlig richtig und notwendig, sich auf die schon eingetretenen und noch drohenden Kriege, Umweltkatastrophen und Gesundheitsschäden zu beziehen. Es bestehen aktuell aber auch Sozialverfall, Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise.

Zu sagen, das seien ja doch nur unterschiedliche Erscheinungsweisen ein und derselben globalen Zivilisationskrise, ist ebenso trivial wie diffus-unfasslich. Teilweise ist diese Sicht sogar irreführend. So ist es bis heute zum Beispiel nicht gelungen, einen Zusammenhang zwischen

Wirtschaftsentwicklung und Krisen nachzuweisen. Dass man solche Zusammenhänge überhaupt sucht, liegt wiederum an einem vorbereiteten mechanischen Einheits- und Ableitungsdenken — die Geschichte als «Räderwerk». Als ob etwa in der ökologischen Frage alle anderen Fragen der Menschheit aufgehoben seien, ähnlich wie weiland alles im Grundwiderspruch verschwand. Neben der Frage nach einer ökologischeren und friedlicheren Zukunft stellen sich wenigstens noch die Fragen nach einer menschlicheren, demokratischeren und sozialeren Zukunft. Das ist längst nicht alles ein und dasselbe.

Es gibt nicht den Dreh- und Angelpunkt in der Geschichte. Die Welt besteht eher aus lauter Geschichten, die einmal mehr oder weniger miteinander zusammenhängen und ein andermal überhaupt nichts miteinander zu tun haben. Ganzheitlich denken heisst durchaus, die Elemente der Ganzheit in ihrem Recht zu belassen, und nicht, das Ganze von einem Punkt aus zu bestimmen. Einseitiges Ableitungs- und Subsumtionsdenken gehörte noch immer zu politischen Allmachtsphantasien, zum herrschsüchtigen Wunsch, das «Räderwerk» der Geschichte zu kontrollieren.

Dies führt zu einem anderen Aspekt der Frage, wie eine Gesellschaft beschaffen sein müsse, damit sie ökologisch und friedlich sei. Es handelt sich um die Vorstellung, eine soundso beschaffene Systemstruktur würde sich soundso verhalten. Aber ein gesellschaftliches System als solches verhält sich überhaupt nicht. Es sind die Menschen, die sich verhalten. Gewiss, sie tun dies unter den jeweiligen Bedingungen des Systems. Trotzdem kann eine bürokratische Planwirtschaft genauso umweltzerstörend oder ökologisch wirken wie eine unregelte Marktwirtschaft. In

einem Rätssystem kann genau dieselbe Kriegstreiberei oder Friedensliebe herrschen wie in einem parlamentarischen System. Ein faschistisches Regime kann genauso wohlfahrtsstaatlich sein wie ein sozialistisches. Diese Feststellungen werden Ideologen nicht gefallen. Aber ihre Anerkennung ist schon der halbe Weg zur Verwirklichung der Utopie, jedenfalls der Utopie eines friedvolleren Zusammenlebens.

### Eine menschliche Zukunft

Die Vorstellung, man müsse die politische und wirtschaftliche Ordnung nur soundso verändern, und dann werde schon alles zum besten, lässt genau das aus dem Blick, was es zuerst zu sehen gilt: uns selbst, die Menschen. In dieser Frage ist die Huhn-Ei-Logik, dass der Mensch von seiner Umwelt ebenso bestimmt werde, wie er/sie diese bestimme, schon ein fauler Kompromiss, ein Sichdavonstehlen aus der eigenen Verantwortung. Wir sind jederzeit mitverantwortlich und haften ja auch jederzeit — wenn es Krieg geben sollte, wenn die Umwelt vergiftet ist, wenn die Versicherungs- und Versorgungsnetze reißen usw.

Die Welt ist so, wenn und weil wir so sind. Nun ist dieses «wir» gewiss eine Mystifikation. Denn «wir» sind doch sehr verschieden, teilweise auch gegensätzlich und leben unter ganz verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen. Utopien haben nur dann reale Chancen, wenn sie diese Verschiedenheit der Menschen und die Existenz differierender Menschenbilder als Ausgangspunkt nehmen. *Wenn die Utopie dagegen einen «neuen Menschen» voraussetzt, wird sie nie zu etwas Vernünftigem taugen.*

Menschen bringen immer wieder Menschen hervor. Sich zu fragen, ob wir von Natur aus

gut oder böse seien, ist müssig. Wir sind nun einmal beides. Wir sind buchstäblich «alles mögliche». Das wirkliche Menschenbild ist kein einheitliches und festes, sondern ein vielfältiges und dynamisches. Vor allem ist es kein idealisiertes, sondern ein widersprüchliches. Auch im bestgeschaffenen Sozialismus würde noch geklaut, keine Putzfrau wäre je imstande, die Staatsgeschäfte zu führen, und die Hundebesitzer werden ihre vierbeinigen Freunde jederzeit mitten auf den Gehweg machen lassen.

Auch Aggressivität gehört zu einem wirklichkeitsnahen Menschenbild. Jedenfalls hat es kaum Aussicht auf Erfolg, Aggressivität aus dem Menschenbild verdrängen zu wollen. Worauf es ankommt, sind Lebensumstände, unter denen Aggressivität bei geringstmöglichem Schaden abgelassen werden kann — also eher früher als später, eher «vor Ort» als massenpsychotisch abgedrängt, etwa in Form von Juden- und Ausländerhass, Opferung von kollektiven Sündenböcken u.a. Auf diesem Gebiet ist mit den neuen Formen des Zusammenlebens und der Beschäftigung mit den zwischenmenschlichen Verkehrsformen seit nunmehr bereits fünfzehn Jahren Wegweisendes angebahnt worden. Wohngemeinschaften und Alternativprojekte, auch offene Ehen und sonstige partnerschaftliche Beziehungen, schaffen den sozialen Spielraum für vielfältige und widersprüchliche Menschenbilder. Nicht, dass diese Formen des Zusammenlebens per se besser wären als etwa die herkömmliche Familie. *Wer selbst einige Jahre in den neuen Wohn- und Arbeitsgemeinschaften gelebt hat, wird kaum zu irgendwelchen Idealisierungen neigen.* Man muss es wohl schlicht so sehen, dass diese neuen Gemeinschaftsformen durch die Entwicklung der In-

dustriegesellschaft hervorgebracht werden und dass sie — was man von der patriarchalischen Kleinfamilie nicht mehr sagen kann — einen menschengerechten Rahmen für ein Zusammenleben unter industriellen Bedingungen darstellen. Mit allen Licht- und Schattenseiten. Vereinsamen tut hier jedenfalls keiner, Pogromstimmungen sind weniger wahrscheinlich, und für einen Krieg ist hier mit Sicherheit niemand zu begeistern.

Eine Beobachtung, die mich lange Zeit irritiert hat, ist die, dass es in den eigenen Gruppen meistens genauso viele unausstehliche Leute gibt wie woanders auch. Wie soll da jemals etwas besser werden? Inzwischen nehme ich diesen Sachverhalt anders wahr. Er ist nicht nur nicht betrüblich, sondern ironischerweise ganz erfreulich. Er trägt ungemein zur Relativierung sozialer und politischer Gegnerschaften bei: Freund und Feind sind sich bei näherem Hinsehen erstaunlich ähnlich. Gewiss sollen auf der Suche nach Gemeinsamkeiten Gegensätze nicht verniedlicht werden, aber genausowenig braucht man Gegensätze zu dämonisieren und vorhandene Gemeinsamkeiten zu leugnen. Was wir heute unbedingt und mehr denn je lernen müssen, ist, unsere Identität weniger durch negative Abgrenzungen als vielmehr durch positive Identifikationen zu gewinnen. Gerade für den Erfolg von oppositionellen Bewegungen, die allzu leicht der Gefahr erliegen, zum Spiegelbild dessen zu werden, wogegen sie opponieren, ist dies von grundlegender Bedeutung.

Man könnte denken, die Betonung eines offenen und widersprüchlichen Menschenbildes müsse zu einem übermässigen Individualismus und Egozentrik führen. Das Gegenteil ist wahr. Die positive Anerken-

nung des Rechts, anders zu sein, führt zu einer Relativierung der eigenen Ansichten und Ansprüche. Ein wesentlicher Beitrag der Ökologiebewegung besteht in der Kritik des menschenzentrierten Weltbildes, wie es mit der Renaissance und der Reformationszeit aufkam. Die Gattung Mensch entthronte Stück für Stück Gott und die Natur, um sich selbst als absolute Herrschergewalt auf Erden zu inthronisieren. Mittlerweile ist deutlich geworden, dass wir keineswegs der Nabel der Schöpfung sind. Mit dem ökologischen Weltbild relativiert sich auch der Stellenwert des Menschen im Ganzen der Natur. Es gilt für jeden einzelnen wie für die Menschheit insgesamt: Wir sind nur eine von vielen Lebenswelten und Evolutionsstufen, und wir müssen uns diesem Ganzen einfügen, wenn wir es — und damit uns — nicht gefährden wollen.

#### Eine demokratischere Zukunft

Die ausgeführten Gedanken zum Menschenbild bedeuten eine Wiederaufnahme und Fortführung liberaler wie libertärer Traditionen. Leben und leben lassen. Die Offenheit der gesellschaftlichen Entwicklung und der Pluralismus der gesellschaftlichen Interessen sind nicht ideologische Forderungen, sondern empirische Tatsachen. Toleranz als Haltung, wechselnde Koalitionen in Teilfragen und ausgleichende Kompromissfindung als Methode sind der Weg, mit ihnen umzugehen.

Diese einfache Wahrheit läuft heute vielfach Gefahr, verkannt zu werden, bei Oppositionellen, die vom Parlamentarismus enttäuscht sind und dazu neigen, das Kind mit dem Bad auszuschütten, ebenso wie bei absolutistisch sich gebärdenden Bürokraten in den Parteien, Verbänden, Ämtern und Konzer-

nen, denen die freiheitliche Grundordnung — so heilig wie unwirklich — als Staatssakrament dient. Es sollte nicht mehr umstritten sein, dass es darum geht, die freiheitliche Grundordnung mit aller Entschiedenheit vor ihrer entrückenden Heiligsprechung zu bewahren und sie mit vollem Anspruch in die Wirklichkeit zu holen.

Damit soll dem Parlamentarismus, so wie er ist, nicht der Perilschein ausgestellt werden. Er zeigt sich heute vielmehr ebenso behindert wie entstellt: Durch den allgemeinen Staatsinterventionismus wird er überladen und überfordert. Durch die (inter)nationale Zentralisierung werden vorgeordnete Stellen überlastet und nachgeordnete ausgehöhlt. Die Politiker werden dabei zu Transmissionsriemen der Verwaltungen, anstatt diese als Instrumente ihrer Politik zu handhaben. *Durch die Verflechtung von Parteien, Verbänden, Staat, Finanzen, Industrie und Militär entsteht stillschweigend eine Art permanenter Grosser Koalition, die einen fairen Wettbewerb der politischen Interessen und wirtschaftlichen Fähigkeiten extrem behindert.* Durch die Tätigkeit von Konzernen schliesslich, besonders durch multinationale Konzerne, werden Massnahmen von Parlamenten und Regierungen unterlaufen, ausgehöhlt und konterkariert.

Das sind schwerwiegende Probleme, aber noch keine Gründe dafür, gleich das ganze System über Bord zu werfen. Es gäbe keinen Ersatz. Ein Rätssystem, das immer noch und immer wieder als Alternative herumgeistert, wäre nichts als ein feudaler Ordo mit umgedrehtem Machtvektor — von unten nach oben, statt von oben nach unten. Die politische Illusion dieser Vorstellung beruht auf der Verkennung des Unterschieds zwischen Klein- und Grossstrukturen. Im überschaubaren

Rahmen eines mittelgrossen Unternehmens mag ein Betriebsrat oder, utopisch gesprochen, ein Selbstverwaltungsrat eine sinnvolle Einrichtung sein. Jenseits gewisser Grössenordnungen aber geht der Überblick und damit die Kontrolle unvermeidlicherweise verloren. Es entsteht eine zentralistische Bürokratie. Basisdemokratie war aber gerade als Gegenstück zum bürokratischen Zentralismus gedacht.

Freiheitliche Bedingungen der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung wären also durch Wiederherstellung, Weiterentwicklung und Ergänzung des Parlamentarismus herzustellen. Das bedeutet: Föderalismus, Gewaltenteilung, Parteien- und Verbändepluralismus. Es bedeutet allerdings auch einen Ausbau plebiszitärer Elemente anstelle einer verdeckt sich durchsetzenden Richterrepublik, es bedeutet eine Demokratisierung der Unternehmen und des Wirtschaftsgeschehens (Richtung Selbstverwaltung, nicht Gremienbürokratie) und nicht zuletzt die Anerkennung und den Ausbau von ausserparlamentarischen Aktivitäten. Es wurde bis heute vielfach nicht genügend erkannt, dass die ausserparlamentarische Opposition keine *anti*-parlamentarische gewesen ist, obwohl sie dies ideologisch vorgab, vielmehr in Wirklichkeit dazu gedient hat, dem Parlamentarismus Beine zu machen, ihn wieder auf Trab zu bringen («Doppelstrategie»). *Ohne eigenständige ausserparlamentarische Basisinitiativen kann eine parlamentarische Demokratie künftig überhaupt nicht mehr funktionieren.* Parteien und Parlamente brauchen die Initiative von aussen bzw. unten, weil sie zu sinnvollen eigenen Initiativen kaum noch fähig sind, wohl aber, solche aufzunehmen und auf dem Kompromissweg zu integrieren. Ba-

sisgruppen sind der Ort, wo Bürger über sie betreffende Fragen in selbstorganisierter Weise beraten und beschliessen. Das Hauptproblem, das sich dann stellt, ist das Verhältnis zwischen Mehrheiten und Minderheiten, ebenso das Verhältnis zwischen direkt und indirekt Betroffenen. Auch hier gibt es keine Patentlösung. Sicher ist aber, dass eine weitere Demokratisierung ein Abrücken von der mechanischen Mehrheitsdiktatur und von Kampfabstimmungen bedeutet zugunsten von mehr Konsensbildung und Berücksichtigung von Minderheitsmeinungen. *Man kann mit 51% genausowenig die Revolution beschliessen wie den Status quo behaupten wollen.* Gewiss werden auch in Zukunft im Zweifelsfall Mehrheitsbeschlüsse gelten müssen. Man wird aber sorgfältiger differenzieren, ob und wann überhaupt über etwas abgestimmt und ob mit einfacher, Zweidrittel- oder Dreiviertelmehrheit oder anders entschieden werden soll. Schliesslich sind sowohl für das Mehrheitsrecht als auch für den Minderheitenschutz Grenzen zu ziehen, traditionell und völlig zutreffend dort, wo die einen die Freiheit und das Leben der anderen in einer Weise einschränken, die in den Augen bedeutender Teile der Öffentlichkeit als nicht mehr tolerabel gelten. Dies trifft zum Beispiel für jene Mehrheiten oder Minderheiten zu, die atomar, bakteriologisch und chemisch hochrüsteten, eine Atomindustrie aufbauen wollen, Berufskrankheiten und Umweltverschmutzung beschönigen und den Gebrauch von Industriegiften begünstigen.

### Eine ökologische Zukunft

Aus der Wahrnehmung der Rüstungsspirale und der Umweltzerstörung ist in den Köpfen vieler Menschen ein Antagonis-

mus von Ökologie und Industrie entstanden. Gerade bei den Aktivisten der Ökologiebewegung gelten Ökologie und Industrie als völlig unvereinbare Gegensätze. Das Verhalten der Unternehmerfunktionäre, die bei jedem Umweltschutzgesetz Zeter und Mordio schreien, und das Verhalten der Bauergewerkschaftsfunktionäre, die Arbeitsplätze durch immer neue Zubetonierungen schaffen wollen, scheint dies zu bekräftigen. So sehen die einen die Ökologiebewegung als Feind der Industriegesellschaft, und die anderen konzipieren — in Übereinstimmung mit den wechselseitigen Projektionen — die ökologische Gesellschaft der Zukunft als Überwindung der Industriegesellschaft. Sie reagieren entsprechend mit Verweigerungs- und Ausstiegsverhalten.

Die Entstehung solcher Haltungen ist nachvollziehbar, gleichwohl verhängnisvoll. Sie gehören spiegelbildlich zum Weitermachen-wie-bisher und führen wie dieses in eine Sackgasse. Tatsache ist, dass wir nicht beliebig aussteigen können, weder aus unserer individuellen Lebensgeschichte noch aus unserer gesellschaftlichen Entwicklung. Wir können noch so viele dramatische Haken schlagen, unsere Geschichte holt uns immer wieder ein.

Einfach aufhören oder einfach weitermachen ist weder sinnvoll noch machbar. Dafür aber: anders weitermachen. Wir leben *in* einer Industriegesellschaft. Es gibt keine grundlegend anderen, gewissermassen voraussetzungslosen Alternativen zu *ihr*. Wohl aber gibt es alternative Entwicklungswege *der* Industriegesellschaft. *Eine ökologische Gesellschaft schaffen heisst nicht, die Industriegesellschaft abschaffen, wohl aber, eine ökologisch angepasste Industrie schaffen.*

Gerade die modernsten Tech-

nologien bieten hierfür die Voraussetzungen: neue Materialtechnologien, Mikroelektronik, Biotechnologie, Licht- und Solartechnik, Umweltschutz und Ökotechnik. Diese neuen Technologien sind hochproduktiv, sparsam im Rohstoff- und Energieverbrauch und in der Regel kaum oder gar nicht umweltverschmutzend. Sie können auf der Grundlage unerschöpflicher oder sich ständig erneuernder Ressourcen ökologisch und wirtschaftlich befriedigend die alten, auf erschöpfliche Ressourcen angewiesenen Raubbau-Industrien ersetzen. Gewiss geschieht dieser Übergang nicht von heute auf morgen. Er dürfte wenigstens einige Jahrzehnte dauern. Und er geschieht nicht von alleine. Trotz der beträchtlichen Gewinnaussichten der neuen Industrien bedarf es unablässig des Drucks von aussen, besonders von seiten der ausserparlamentarischen wie auch parlamentarisch organisierten Ökologiebewegung.

Die neuen Technologien zwingen dazu, die ökologische Frage differenzierter zu stellen. Das «saubere Wachstum» durch die neuen Technologien ist zwar ökologisch, dafür aber — wie das Beispiel der Mikroelektronik zeigt — zunächst eher demokratiegefährdend und unsozial. Es wäre aber ein Kurzschluss, deshalb gegen ein «sauberes Wachstum» oder, weniger eng, gegen eine ökologisch saubere Wirtschaftsentwicklung zu sein. Es kommt vielmehr darauf an, auch die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln. Wenn Konzerne zum Beispiel in Massen Solarzellen herstellen, so liegt darin an und für sich noch kein Problem. Anders als grossindustriell wird die Herstellung und Verteilung von Solarzellen kaum zu bewältigen sein. Das Problem liegt nach wie vor dar-

in, dass die Konzerne die Herstellung und den Verkauf unter kapitalistischen Gesichtspunkten organisieren. Aber wenn auch Grossunternehmen keine «öffentlichen Unternehmen» sind, so sind sie doch eindeutig «Unternehmen von öffentlichem Interesse» — und diesem folglich zu unterstellen.

### *Eine sozialere Zukunft*

Die grossen wirtschaftspolitischen Kontroversen der Vergangenheit sind programmatisch heute weitgehend abgearbeitet. In den Konzepten einer sozialistischen Marktwirtschaft (Jugoslawien, Ungarn), einer sozialen Marktwirtschaft (Schweden, Bundesrepublik), einer Wirtschaft des Dritten Weges oder überhaupt einer Gemischtwirtschaft sind die grundlegenden Antworten bereits gegeben. Die Kontroversen gehen heute nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie und Wieviel der jeweiligen Kombination von «Markt» und «Plan», von «privat» und «öffentlich», von eingeschränktem und ungeregeltem Wettbewerb, von Gross- und Kleinorganisationen, zentraler und dezentraler Lenkung.

Das Problem dürfte auf absehbare Zeit in der Entwicklung einer *Dualwirtschaft* und überhaupt einer dualen Sozialstruktur bestehen. Die Dualität liegt dabei im Verhältnis des formellen Sektors von Markt und Staat einerseits und des informellen Sektors von Markt und Staat andererseits.

In der bisherigen Entwicklung ist dieses Verhältnis durch einen «inneren Kolonialismus» der kapitalistischen Marktwirtschaft bestimmt gewesen, nämlich als Verhältnis von Produktion und Reproduktion, von Arbeit und Freizeit, Produktion und Konsum, Arbeitswelt und Lebenswelt, Gesellschaft und Gemeinschaft. Nun ist es

— ähnlich den anderen schon angesprochenen Fragen — weder möglich noch sinnvoll, diesen Dualismus als solchen abzuschaffen. Er gehört wohl zu den grundlegenden Merkmalen der Industriegesellschaft. Das Problem ist nicht, dass es bezahlte und unbezahlte Arbeit gibt, Fremdversorgung und Selbstversorgung, sondern dass diese unsozial verteilt sind, ja mehr noch, dass eine das andere zunehmend zerstört: *Die Institutionen von Markt und Staat schaffen oder begünstigen einen rasanten Sozialverfall, das industrielle Arbeitsleben in seiner heutigen Form zerstört das Gemeinschaftsleben, die Freizeit bedeutet in Wirklichkeit Konsumarbeit.*

Darüber hinaus zeichnet sich, bedingt durch die allgemeine Rationalisierung, eine Tendenz in Richtung auf eine Apartheids-Ökonomie ab: Eine «Wirtschaftsrasse», die den formellen Sektor beherrscht und dort gesicherte Plätze einnimmt, separiert sich zunehmend auf Kosten von anderen «Wirtschaftsrassen», die in dieser oder jener Form auf den informellen Sektor abgedrängt bleiben, insbesondere Arbeitslose, Hausfrauen und Rentner. So entsteht neuerlich eine Art Klassenkonflikt: zwischen eingeschlossenen und ausgeschlossenen.

Die Utopie einer besser balancierten Dualwirtschaft zielt demgegenüber auf ein Verhältnis konstruktiver Ergänzung zwischen beiden Wirtschaftssektoren und wechselseitige Zugänglichkeit. Erwerbsarbeit einerseits und Eigenarbeit, die diesen Namen auch verdient, andererseits sollen Männern wie Frauen, Jüngeren wie Älteren gleichermassen möglich sein.

In diesem Zusammenhang ist die technische «Freisetzung» von Arbeitskräften kurzfristig nicht nur eine Katastrophe,

sondern langfristig möglicherweise auch eine grosse Chance, eine tatsächliche Freisetzung. Es erhebt sich die Frage, ob gewisse Formen der industriellen Arbeit überhaupt humanisiert werden können, ob es nicht richtiger wäre, sie durch Vollautomation abzuschaffen. Dies gilt schätzungsweise für ein Viertel aller Arbeitsplätze, wo in extremer Weise gesundheits-schädigende, monotone und frustrierende Arbeit anfällt. Das Problem der Betroffenen ist in aller Regel weniger, dass ihnen diese Arbeit verloren geht, sondern vielmehr ihr Einkommen und ihr Ansehen, das daran gekoppelt ist. Das Problem ist also weniger die Erwerbsarbeit als die Kopplung von Einkommen und Ansehen an eine solche.

Es gilt deshalb nicht nur, über das Recht auf Arbeit nachzudenken und es im Sinne eines Rechts auf sozial sinnvolle Erwerbsarbeit und eines Rechts auf Eigenarbeit zu differenzieren, sondern es geht darüber hinaus darum, ein Recht auf Einkommen durchzusetzen — ein Recht auf Einkommen auch ohne Arbeit.

Hier sind zwei grosse Hürden zu nehmen. Die eine besteht im heutigen System der sozialen Sicherung und des fiskalischen System. Das Netz der sozialen Sicherung beruht organisatorisch wie legitimatorisch noch immer auf dem Versicherungsprinzip, mittlerweile, besser gesagt, auf der Fiktion einer Versicherung. In Wirklichkeit ist der Staat längst zur bedarfsorientierten Subventionierung der entsprechenden Fonds übergegangen. Diese durchaus begrüssenswerte Entwicklung wird jedoch dadurch gestoppt, dass der Staat, wegen der Gefahr einer allgemeinen Steuerrevolte nicht noch mehr Lohn- und Einkommenssteuern erheben kann, sich aber auch nicht noch mehr verschulden kann. *Fällig ist des-*

halb eine Veränderung im fiskalischen System, die den Schwerpunkt von den Personalsteuern auf die Verkehrssteuern verlagert, insbesondere die Mehrwertsteuer, und heute zum Beispiel auch die Einführung einer Energieverbrauchssteuer.

Eine Frage wahrhaft utopischen Zuschnitts ist in diesem Zusammenhang, ob der Geldkreislauf sich notwendigerweise immer nur in einer Richtung drehen muss, nämlich von den Notenbanken an die Geschäftsbanken, von denen an die Unternehmen, von denen an die Erwerbstätigen, von denen an deren Angehörige und den Staat usw., kurz, zuerst in die Produktion und von dort in den Konsum. Das hat Geschichte, die einleuchtet — zuerst säen, dann ernten, erst die Arbeit, dann das Vergnügen. Aber könnte der Kreislauf nicht umgekehrt genausogut funktionieren — frei geschöpfter Kredit an die Konsumenten, die das Geld in den Geschäften ausgeben usw.? Warum nicht? Dass wir von Natur aus faul seien und dann keiner mehr arbeiten wollte, ist zwar zu bedenken, aber auch zu kurz gegriffen. Kredit bleibt Kredit, an wen auch immer: Er muss über kurz oder lang verdient und zurückbezahlt werden.

Damit sind wir bei der zweiten Hürde, nämlich dem christlichen, insbesondere protestantischen Arbeitsethos und dem *Leistungsprinzip*. Es hat seinen harten Kern darin, dass von nichts nichts kommt und dass auch bei Vollautomation eine Fülle gesellschaftlich notwendiger Arbeit zu tun bleibt. Insofern hat das Leistungsprinzip unbedingte Gültigkeit. Es wird aber, von Ausnahmen abgesehen, in der Regel dort zur Ideologie, wo die Arbeitsleistung in einem ansonsten hochgradig arbeitsteiligen Prozess individuell zugeschrieben wird. Es wird gar

zur Krankheit, wo die Arbeit, als ein *Mittel* zum Leben, zum obersten oder gar alleinigen Sinn und Zweck des Lebens pervertiert.

Die frommen Mönche gaben der Arbeit den Stellenwert des Gottesdienstes, zu dem sie dann tatsächlich wurde. *Die Arbeit ist der Gottesdienst der Industriegesellschaft, richtiger wohl ihr Götzendienst*. Der Konsum ist der Segen. Das ist ein Grund, weshalb viele Zeitgenossen sich auch ohne Not buchstäblich zu Tode arbeiten und die Industriegesellschaft sich buchstäblich kaputt zu produzieren droht. Aber was, wenn der Arbeitsgesellschaft vorübergehend oder auf Dauer, wie Hannah Ahrendt sagte, die Arbeit ausgeht? Von grundlegender Bedeutung ist deshalb in jedem Fall die Relativierung des Stellenwertes der Arbeit, insbesondere der Erwerbsarbeit, für das eigene Leben.

#### Eine friedlichere Zukunft

Damit schliesst sich gewissermassen ein Kreis. Der Gedankengang kehrt zu den geltenden Menschenbildern und Lebensentwürfen zurück. Tatsächlich hängt in der wirklichen Welt sehr viel mehr von unseren Denk- und Gefühlswelten ab, als materialistische Philosophien zugestehen möchten. So hängt zum Beispiel das scheinbar «materielle» Problem des Geldverkehrs und der Inflation in erster Linie von unseren Einstellungen, Ansprüchen und Erwartungen ab. Gerade Inflation ist ein soziales Problem, kein ökonomisches im engeren Sinn. Mit den Raketen ist das sinngemäss nicht viel anders. Nun bin ich kein unbedingter Pazifist und glaube auch nicht in jedem Fall an die guten Absichten gewisser Zeitgenossen. Das Prinzip, Ziele gewaltfrei zu verfolgen und Konflikte gewaltfrei zu bewältigen, muss nor-

mativ unbedingt gelten. Aber wer wüsste nicht, dass es von diesen oder jenen Leuten faktisch nicht befolgt wird... Und wer könnte die allgemeinen Grenzen ziehen, bis zu denen energisches, zielstrebiges Handeln noch als gewaltfrei gelten kann und jenseits derer es gewalttätig wird? Wo werden Wünsche zu Forderungen und wo Forderungen zu Erpressungen?

Militärisch gesehen dürfte die Antwort darauf nicht sein, sich wehrlos zu machen, sondern weiterhin verteidigungsfähig zu bleiben. Allerdings: nur in eigener Sache. In Deutschland die ganze westliche und östliche Welt zu «verteidigen», ist aberwitzig. Und: nicht mehr als eben nur verteidigungsfähig. *Wer grosse Panzerverbände hält, ist als Verteidiger nicht glaubhaft. Ihm muss jederzeit unterstellt werden, dass er im Angriff die beste Verteidigung sieht*. Die NATO hat das als «Vorwärtsverteidigung» ja offiziell festgelegt. Der Warschauer Pakt verfährt de facto nicht anders. Der Ausdruck «Vorwärtsverteidigung» ist ein Musterbeispiel an Begriffsverwirrung. Er steht im Wörterbuch des Unmenschen in einer Reihe mit «Nachrüstung», «Entsorgung» und «Endlösung».

Wie wir eine Weiterentwicklung, allerdings eine andere, der Demokratie, der Industrie und der sozialen Bedingungen brauchen, so auch eine andere militärische Konzeption. Diese kann und soll sich durchaus modernster Technologien bedienen, wenn und weil diese mit geringstmöglichem Aufwand an Personal und Gerät eine wirkungsvolle Verteidigung, und nichts als diese, ermöglichen. Mit den ABC-Waffen sind die Bedingungen der kollektiven Selbstvernichtung der Menschheit gegeben. Diese Situation ist ein absolut Neues in der Ge-

schichte der Menschheit. Nun kann man, was einmal geschehen ist, nicht ungeschehen machen. Selbst wenn es weltweit gelänge, atomar, bakteriologisch und chemisch auf Null abzurüsten, wären diese Waffen im Zweifelsfall nicht schnell wieder produziert? Das ist nun kein Argument gegen die unbedingt anzustrebende ABC-Null-Lösung. ABC-Waffen müssen ohne wenn und aber gebannt

werden. Es ist aber ein Argument dafür, dass technisch-organisatorische Lösungen alleine noch keine wirklichen Lösungen sind. Solche Lösungen haben überhaupt nur Aussicht, zustande zu kommen und von Dauer zu sein, wenn wir diesem grundlegend Neuen der Menschheitssituation Rechnung tragen durch eine entsprechend tiefgreifende Änderung unserer Lebensentwürfe. Der

Weltfrieden hängt in Wahrheit nicht von wirtschaftlichen und technischen Fakten ab, sondern von politischen und sozialen Normen, also davon, was wir in unseren Köpfen und in unseren Herzen bewegen. Nur ist die Wahrheit in Wirklichkeit nicht immer bestimmend...

Petra K. Kelly / Jo Leinen (Hg.), Prinzip Leben, Ökopax — die neue Kraft, Olle und Wolfer, Berlin

*Willis W. Harman: Gangbare Wege in die Zukunft?*

## Die neue Ethik: Ökologie und Selbstverwirklichung

*Ein Reiseführer aus der industriellen Gegenwart*

*Willis W. Harman ist ein Mann, den man in früheren Jahrhunderten als Universalgelehrten bezeichnet hätte. Er ist Ingenieur, Erziehungswissenschaftler, Psychologe, Philosoph, Kommunikationstheoretiker und Zukunftsforscher. Er ist Direktor des Center for Study of Social Policy am Stanford Research Institute in den USA. Eine wesentliche Arbeit des amerikanischen Humanisten ist die Publikation «Gangbare Wege in die Zukunft» («An Incomplete Guide to the Future»), die vom Verlag Darmstädter Blätter auf deutsch herausgebracht wurde. In dieser undogamtischen Arbeit erklärt Harman zunächst die Methoden der neuen Zukunftsforschung und wendet sie an, um die gangbaren Wege zu finden, auf denen wir uns selbst und unser Bild von der Menschheit verändern können, während wir den heutigen mit einander zusammenhängenden «Dilemmas» gegenüberstehen. Diese vier Dilemmas sieht Harman im Wachstum, dem Stellenwert der Arbeit, in der globalen Verteilung und in der Kontrolle. Nach Untersuchung der heute teilweise verheerenden Trends verlangt Harman, um dem Desaster zu entgehen, zwei neue Ethiken: Ökologie und Selbstverwirklichung. Harman beansprucht für sich nicht, eine allgemeingültige Heilslehre gefunden zu haben, er hat wie er selber sagt, eine Art «Reiseführer» geschrieben, der auf jahrelangen Studien und einem umfassenden wissenschaftlichen Bericht beruht. Sein Blick ist geschärft für eine menschliche, gerechte und schöpferische Zukunft.*

*Der folgende Text ist das einführende Kapitel von Willis W. Harman, der mit seinen langjährigen Untersuchungen nach einem möglichen Weg ins transindustrielle Zeitalter sucht.*

Wir alle sind daran gewöhnt, die Vergangenheit für eine Ursache nachfolgender Ereignisse zu halten — eine Entscheidung wurde getroffen, ein Gesetz wurde verabschiedet, eine Be-

gegnung fand statt, und als eine Folge davon traten verschiedene andere Ereignisse ein. Täglich folgern wir auf diese Weise. Weniger offenkundig ist die Tatsache, dass unsere Vorstel-

lung von der Zukunft die Entscheidungen formt, die wir heute treffen. Irgendjemand macht sich ein Bild von der Zukunft — von einer grossen Brücke, einem neuen industriellen Verfahren oder einem utopischen Staat — und als Folge davon treten heute verschiedene Ereignisse ein. Unsere Vorstellung von der Zukunft beeinflusst die Gegenwart bestimmt ebenso, wie es unsere Eindrücke von der Vergangenheit oder die greifbareren Überreste früherer Handlungen tun.

Ich bitte Sie, über die Zukunft nachzudenken und, was noch wichtiger ist, zu erforschen, auf welche Weise unser Bild von der Zukunft die wichtigen Entscheidungen von heute beeinflusst. Jede Handlung setzt eine Vorstellung von der Zukunft voraus — wie wir sie erwarten, wie wir sie uns wünschen oder wie wir sie befürchten. Hätten wir ein anderes Bild von der Zukunft, dann sähe die heutige Entscheidung anders aus. Wenn unsere Erwartungen unzutreffend sind, werden unsere Entscheidungen wahrscheinlich